



Damit der Osterdeich auch noch an einem Wintermorgen im Jahr 2020 so schön aussehen kann, muss die Stadt den Ausstoß von Treibhausgasen senken.

FOTO: KATHARINA KRUG

Neue Maßnahmen fürs Klima

Umweltressort legt Aktualisierung des Programms zur Senkung des Kohlenstoffdioxid-Ausstoßes vor

VON NINA WILLBORN

Bremen. Knapp sechs Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid werden im Jahr 2020 durch Firmen, Autos und Privathaushalte in Bremen in die Luft geblasen und damit nur 1,1 Millionen Tonnen weniger als im Jahr 1990. Das bedeutet eine Verringerung um 16 Prozent – es hätten aber 40 Prozent sein sollen, das zumindest war die Vorgabe, die sich Bremen in seinem Klimaschutz- und Energieprogramm 2020 (KEP) gesteckt hatte. Dass diese nicht erreicht werden wird, ist seit Monaten klar.

Jetzt hat das Ressort von Bau- und Umweltsenator Joachim Lohse (Grüne) die Fortschreibung des Klimaschutz-Programms vorgelegt. Das wird laut Klimaschutz-Gesetz alle vier Jahre gemacht. In der Aktualisierung enthalten ist einmal die detaillierte Begründung, warum die tatsächliche Senkung der Emissionen so stark von den Berechnungen aus dem Jahr 2009, in dem das KEP verabschiedet wurde, abweicht. Unter anderem liegt es daran, dass sich einige Parameter wie die Wirtschaft und der Verkehr anders entwickelten als angenommen (wir berichteten). Enthalten ist in dem Papier auch ein Überblick der bisherigen Klimaschutz-Programme und ihre Auswirkungen. Ein weiterer Teil beschäftigt sich mit neuen Instrumenten, die dabei helfen sollen, „der voraussichtlichen Verfehlung des CO₂-Minderungsziels entgegenzuwirken“, wie es in dem Papier heißt.

Die Maßnahmen sind Ergebnisse der Kon-

ferenz im Klimahaus in Bremerhaven vom Februar 2016. Damals waren nach Workshops zu unterschiedlichen Themenfeldern insgesamt 23 Vorschläge entstanden, die das Umweltressort mit Hilfe des Beratungsunternehmens Prognos fachlich geprüft und in verschiedene Kategorien von „wird bereits berücksichtigt“ bis „wird nicht weiter verfolgt“ eingeordnet hat.

Elf der Maßnahmen werden laut den Experten bereits so oder ähnlich umgesetzt, vier sollen nicht weiterverfolgt werden. Ebenfalls vier Vorschläge sind in die Neufassung des KEP aufgenommen worden. Einer von ihnen sieht vor, dass der Senat künftig einmal pro Jahr Energieberichte von den bremischen Gesellschaften fordern wird. „Ein regelmäßiges und transparentes Energiecontrolling ist ein wichtiges Instrument, um Schwachstellen aufzudecken und Potenziale zur Minderung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen zu identifizieren“, steht in der Begründung. Eine Arbeitsgruppe soll bis zum 31. März ein Konzept erstellen, wie und in welchem Umfang die Berichte in Zukunft vorgelegt werden sollen.

Initiative für mehr Heizkraftwerke

Zu den neuen Maßnahmen zählt auch, dass der Ausbau von Blockheizkraftwerken weiter gefördert werden soll. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gewoba will bis 2020 insgesamt 55 der Anlagen betreiben, die dann nicht nur Wärme, sondern auch Strom für

rund 12.000 Haushalte, ein Drittel aller Gewoba-Wohnungen, produzieren sollen. Das Umweltressort will Anfang 2019 eine Initiative starten, mit der auch privatwirtschaftliche Wohnungsunternehmen überprüfen lassen können, inwieweit die Nutzung von Blockheizkraftwerken auch für sie infrage kommt. Entstanden so 20 weitere Anlagen in Bremen, könnte ihr Einsatz bis 2020 laut der Prognose etwa 0,6 Prozent des Gesamtvolumens an Emissionen sparen.

Dass für kommunale Klimaschutzprojekte mehr Bundesmittel in Anspruch genommen werden, will der Senat ebenfalls fördern. Weil es für viele Einrichtungen offenbar schwierig ist, die für die Förderung erforderlichen Eigenmittel zusammenzubringen, soll in solchen Fällen künftig ein Kofinanzierungsfonds einspringen. Wie dieser genau aussehen soll, wollen Bau- und Finanzressort Ende März ausarbeiten. Auch der Senat selbst will in Sachen Klimaschutz, so steht es in der Fortschreibung des KEP, „mit gutem Beispiel vorangehen“. Geplant ist, „sämtliche Instrumente und Aktivitäten der Freien Hansestadt Bremen“ daraufhin zu überprüfen, ob sie zusätzliche Beiträge zur Senkung des CO₂-Ziels leisten können. Was diese „zusätzlichen Beiträge“ sein könnten, soll eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe bis zum 31. März erarbeiten. Umgesetzt werden sollen die Ergebnisse spätestens bis Ende 2019.

Weitere Maßnahmen, zu denen das Umweltressort in den nächsten Monaten kon-

krete Vorschläge entwickeln will, sind Kampagnen, mit denen private Haushalte sowie Firmen zum Stromsparen animiert werden sollen und Förderprogramme für den beschleunigten Austausch von Ölheizkesseln.

ANZEIGE

Werde Fan auf Facebook!
#waterfrontbremen

HEUTE
BIS 24 UHR
GEÖFFNET

DAS IST KEINE
STILLE NACHT

DAS IST MITTERNACHTSSHOPPING ON ICE

Besonderes Highlight:
Indoor-Eisbahn

Alle Infos unter
waterfront-bremen.de

WATERFRONT
BREMEN

Verlosung für Neujahrsempfang

WESER-KURIER lädt in Kunsthalle

Bremen. Es ist eines der ersten großen gesellschaftlichen Bremer Ereignisse in 2019: der Neujahrsempfang des WESER-KURIER in der Kunsthalle. Am Montag, 7. Januar, kommen zwischen 15.30 und 18.30 Uhr gut 300 prominente Gäste aus Politik, Kultur, Wirtschaft, Sport und vielen anderen Bereichen zusammen, um in entspannter Atmosphäre über die Höhepunkte des vergangenen Jahres zu sprechen. Aber auch der Blick in die Zukunft darf nicht fehlen, schließlich steht im kommenden Jahr in der Hansestadt die Bürgerschaftswahl an. Auch das wird mit Sicherheit eines der bestimmenden Themen des Nachmittages sein.

Auch Sie, liebe Leserinnen und Leser, haben die Möglichkeit, dabei zu sein, wenn WESER-KURIER-Chefredakteur Moritz Döbler die Gäste in der Kunsthalle empfängt und seine Neujahransprache hält. Wir verlosen unter allen Anrufern zehn Mal zwei Karten für die Veranstaltung.

Rufen Sie an diesem Sonnabend, 22. Dezember, unter der Telefonnummer 013 79 60 44 46 (50 Cent aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunktarife sind deutlich teurer) an und nennen Sie Ihren Namen, Anschrift und Telefonnummer. Die Gewinner der Karten werden am Donnerstag, 27. Dezember, ermittelt und benachrichtigt.

BEM

Reaktion auf Grünen-Vorstoß

Lob und Kritik für Pläne, nachts das Tempo zu drosseln

VON MAREN BENEKE

Bremen. Der Vorstoß der Bremer Grünen, nachts eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen einzuführen, trifft bei Lesern des WESER-KURIER auf geteiltes Echo. Im Wahlprogramm der Partei für die Bürgerschaftswahl 2019 ist festgehalten, dass für Autos und Motorräder auf solchen Strecken – betroffen sind unter anderem Abschnitte der A1 bei Hemelingen, Arbergen, Arsten und Kettenesch



Geht es nach den Grünen, wird zumindest nachts langsamer gefahren.

FOTO: KOCH

– zwischen 22 und 6 Uhr Tempo 80 gelten soll, Lkw sollen demnach dann noch 60 Kilometer pro Stunde fahren dürfen.

Die Leserin Andrea Schuler Pfeifer spricht von einem „tollen Ansatz“, der bereits in vielen anderen Städten so gehandhabt werde. Auch Kathrin Brockmann findet den Vorstoß „sehr gut“, denn der Lkw-Lärm sei nachts Kilometer weit zu hören. Auch Petra Wank kann der Idee einiges abgewinnen und hofft, dass diese umgesetzt wird: „Überall wird alles mit Autobahnen umbaut und an unseren Schlaf denkt keiner“, teilt sie mit.

Auch der Spitzenkandidat der CDU für die Bürgerschaftswahl, Carsten Meyer-Heder, hat sich in die Diskussion eingeschaltet. „Der Vorschlag der Grünen bringt uns nicht weiter“, meint er. Wer den Lärmschutz pragmatisch – und nicht ideologisch – voranbringen wolle, solle nicht die A1 nachts durch Verbote lahm legen, sondern Lärmschutzlücken, zum Beispiel durch Schutzwände, schließen. Zudem sei auf den Autobahnen, die wirklich nah an Bremer Wohngebieten vorbeiführen, bereits Tempo 80 eingeführt. Einen ähnlichen Vorschlag macht auch der Leser Danny Kaya: „Wie wäre es mit einem besseren Lärmschutz mit besseren Lärmschutzwänden?“, fragt er. Harald Wrede findet ebenfalls, dass Lärmbelästigung auch auf anderen Wegen reduziert werden könne.